

Amtsblatt

der Europäischen Union

L 17

Ausgabe
in deutscher Sprache

Rechtsvorschriften

49. Jahrgang
21. Januar 2006

Inhalt	I	<i>Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte</i>	
	★	Verordnung (EG) Nr. 101/2006 des Rates vom 20. Januar 2006 zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1975/2004 und (EG) Nr. 1976/2004 zur Ausweitung der endgültigen Antidumping- und Ausgleichszölle auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien, auf die Einfuhren von aus Brasilien und aus Israel versandten Folien aus Polyethylenterephthalat (PET), ob als Ursprungserzeugnisse Brasiliens oder Israels angemeldet oder nicht	1
		Verordnung (EG) Nr. 102/2006 der Kommission vom 20. Januar 2006 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise	4
	★	Verordnung (EG) Nr. 103/2006 der Kommission vom 20. Januar 2006 über ergänzende Bestimmungen zur Anwendung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schlachtkörper ausgewachsener Rinder	6
		Verordnung (EG) Nr. 104/2006 der Kommission vom 20. Januar 2006 über die Einfuhrlizenzen für aus Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse des Rindfleischsektors	9
		Verordnung (EG) Nr. 105/2006 der Kommission vom 20. Januar 2006 zur Änderung der im Zuckersktor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und der Beträge der zusätzlichen Einfuhrzölle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1011/2005 für das Wirtschaftsjahr 2005/06	11
		Verordnung (EG) Nr. 106/2006 der Kommission vom 20. Januar 2006 zur Festsetzung des Weltmarktpreises für nicht entkörnte Baumwolle	13
		Verordnung (EG) Nr. 107/2006 der Kommission vom 20. Januar 2006 über die Erteilung von Lizenzen für die Einfuhr bestimmter Pilzkonserven für die im Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 eingereichten Lizenzanträge	14

Kommission

2006/22/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 20. Januar 2006 zur Befreiung bestimmter Parteien von der Ausweitung auf bestimmte Fahrradteile des Antidumpingzolls, der mit der Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 des Rates auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführt und mit der Verordnung (EG) Nr. 1095/2005 des Rates aufrechterhalten und geändert wurde, und zur Aufhebung der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 88/97 erfolgten Aussetzung der Entrichtung des auf bestimmte Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China ausgeweiteten Antidumpingzolls im Fall bestimmter Parteien** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 54) 16

2006/23/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 20. Januar 2006 zur Änderung der Entscheidung 2005/710/EG mit Schutzmaßnahmen wegen Verdacht auf hoch pathogene Aviäre Influenza in Rumänien** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 61) ⁽¹⁾ 27

2006/24/EG:

- ★ **Entscheidung der Kommission vom 20. Januar 2006 zur zweiten Änderung der Entscheidung 2005/710/EG mit Schutzmaßnahmen wegen Verdacht auf hoch pathogene Aviäre Influenza (Geflügelpest) in Rumänien** (Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 62) ⁽¹⁾ 30



⁽¹⁾ Text von Bedeutung für den EWR

I

(Veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

VERORDNUNG (EG) Nr. 101/2006 DES RATES**vom 20. Januar 2006**

zur Änderung der Verordnungen (EG) Nr. 1975/2004 und (EG) Nr. 1976/2004 zur Ausweitung der endgültigen Antidumping- und Ausgleichszölle auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien, auf die Einfuhren von aus Brasilien und aus Israel versandten Folien aus Polyethylenterephthalat (PET), ob als Ursprungserzeugnisse Brasiliens oder Israels angemeldet oder nicht

DER RAT DER EUROPÄISCHEN UNION —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (nachstehend „Antidumpinggrundverordnung“ genannt), insbesondere auf Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 13 Absatz 4, und auf die Verordnung (EG) Nr. 2026/97 des Rates vom 6. Oktober 1997 über den Schutz gegen subventionierte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽²⁾ (nachstehend „Antisubventionsgrundverordnung“ genannt), insbesondere auf Artikel 20 und Artikel 23 Absatz 3,

auf Vorschlag der Kommission nach Anhörung des beratenden Ausschusses,

in Erwägung nachstehender Gründe:

A. GELTENDE MASSNAHMEN

- (1) Mit den Verordnungen (EG) Nr. 1676/2001 ⁽³⁾ und (EG) Nr. 2597/1999 ⁽⁴⁾ führte der Rat Antidumping- bzw. Antisubventionsmaßnahmen gegenüber den Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in unter anderem Indien ein.
- (2) Mit den Verordnungen (EG) Nr. 1975/2004 ⁽⁵⁾ und (EG) Nr. 1976/2004 ⁽⁶⁾ weitete der Rat diese Maßnahmen auf die Einfuhren von aus Israel und aus Brasilien versandten PET-Folien aus (nachstehend „ausgeweitete Maßnahmen“ genannt), mit Ausnahme der Einfuhren, die von einem brasilianischen Unternehmen, Terphane Ltda, und einem israelischen Unternehmen, Jolybar Ltd, hergestellt werden, deren Namen in jenen Verordnungen ausdrücklich genannt wurden.
- (3) Am 10. Dezember 2004 ⁽⁷⁾ leitete die Kommission auf der Grundlage des Artikels 18 der Antisubventionsgrund-

verordnung eine Überprüfung wegen des bevorstehenden Außerkrafttretens der Ausgleichsmaßnahmen ein. Ob die ausgeweiteten Maßnahmen aufgehoben oder aber aufrechterhalten werden, hängt von den Ergebnissen der Überprüfung ab.

B. DERZEITIGE UNTERSUCHUNG**1. Überprüfungsantrag**

- (4) Im weiteren Verlauf erhielt die Kommission einen Antrag auf Befreiung von den ausgeweiteten Maßnahmen gemäß Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 13 Absatz 4 der Antidumpinggrundverordnung und Artikel 20 und Artikel 23 Absatz 3 der Antisubventionsgrundverordnung. Der Antrag wurde von Hanita Coatings Rural Cooperative Association Ltd, Kibbutz Hanita, 22885, Israel (nachstehend „Hanita“ genannt), einem Hersteller in Israel (nachstehend „betroffenes Land“ genannt), gestellt.

2. Einleitung der Überprüfung

- (5) Die Kommission prüfte die von Hanita übermittelten Beweise und kam zu dem Schluss, dass sie ausreichten, um die Einleitung einer Untersuchung gemäß Artikel 11 Absatz 4 und Artikel 13 Absatz 4 der Antidumpinggrundverordnung und Artikel 20 und Artikel 23 Absatz 3 der Antisubventionsgrundverordnung zu rechtfertigen, in deren Rahmen festgestellt werden sollte, ob Hanita eine Befreiung von den ausgeweiteten Maßnahmen gewährt werden kann. Nach Anhörung des beratenden Ausschusses und nachdem der Wirtschaftszweig der Gemeinschaft Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten hatte, leitete die Kommission mit der Verordnung (EG) Nr. 1370/2005 ⁽⁸⁾ eine Überprüfung der Verordnungen (EG) Nr. 1975/2004 und (EG) Nr. 1976/2004 für Hanita ein.
- (6) Mit der Verordnung zur Einleitung der Überprüfung wurde der mit der Verordnung (EG) Nr. 1975/2004 eingeführte Antidumpingzoll für die Einfuhren der aus Israel von Hanita versandten untersuchten Ware aufgehoben. Gleichzeitig wurden die Zollbehörden gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Antidumpinggrundverordnung angewiesen, geeignete Schritte zur zollamtlichen Erfassung der Einfuhren zu unternehmen.

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 461/2004 des Rates (AbL. L 77 vom 13.3.2004, S. 12).

⁽²⁾ ABl. L 288 vom 21.10.1997, S. 1. Zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 461/2004.

⁽³⁾ ABl. L 227 vom 23.8.2001, S. 1.

⁽⁴⁾ ABl. L 316 vom 10.12.1999, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 342 vom 15.11.2004, S. 1.

⁽⁶⁾ ABl. L 342 vom 15.11.2004, S. 8.

⁽⁷⁾ ABl. C 306 vom 10.12.2004, S. 2.

⁽⁸⁾ ABl. L 218 vom 23.8.2005, S. 3.

3. Ware

- (7) Bei der betroffenen Ware handelt es sich der Definition in der ursprünglichen Untersuchung zufolge um Folien aus Polyethylenterephthalat (PET) mit Ursprung in Indien, die gemeinhin den KN-Codes ex 3920 62 19 und ex 3920 62 90 zugewiesen werden (nachstehend „betroffene Ware“ genannt).
- (8) Es wird davon ausgegangen, dass die betroffene Ware und die aus Israel unter den KN-Codes ex 3920 62 19 und ex 3920 62 90 in die Gemeinschaft versandten PET-Folien (nachstehend „von der Überprüfung betroffene Ware“ genannt) dieselben grundlegenden technischen, materiellen und chemischen Eigenschaften und dieselben Verwendungszwecke aufweisen. Daher werden sie als gleichartig im Sinne des Artikels 1 Absatz 4 der Antidumpinggrundverordnung und des Artikels 1 Absatz 5 der Antisubventionsgrundverordnung angesehen.

4. Untersuchung

- (9) Die Kommission unterrichtete Hanita und die Vertreter des betroffenen Landes offiziell über die Einleitung der Überprüfung. Die interessierten Parteien wurden zur Stellungnahme aufgefordert und über die Möglichkeit informiert, eine Anhörung zu beantragen. Jedoch gingen keine Anträge auf Anhörung ein.
- (10) Ferner sandte die Kommission einen Fragebogen an Hanita und erhielt fristgerecht eine zufrieden stellende Antwort. Die Kommission holte alle Informationen ein, die für die Überprüfung als erforderlich erachtet wurden, und verifizierte sie. In den Betrieben von Hanita wurde ein Kontrollbesuch abgestattet.

5. Untersuchungszeitraum

- (11) Die Untersuchung betraf den Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis zum 30. Juni 2005 (nachstehend „Untersuchungszeitraum“ genannt oder „UZ“ abgekürzt). Um etwaige Veränderungen im Handelsgefüge zu ermitteln, wurden Daten über den Zeitraum von 2001 bis zum Ende des UZ gesammelt.

C. UNTERSUCHUNGSERGEBNISSE

- (12) Die Untersuchungsergebnisse bestätigten, dass Hanita die von der Überprüfung betroffene Ware im UZ der Untersuchung, die zur Ausweitung der Maßnahmen führte, d. h. vom 1. Januar 2003 bis zum 31. Dezember 2003, nicht in die Gemeinschaft ausführte. Hanita begann erst nach der Ausweitung der Maßnahmen, die von der Überprüfung betroffene Ware in die Gemeinschaft auszuführen.
- (13) Ferner konnte Hanita durch Vorlage beweiskräftiger Unterlagen zufrieden stellend nachweisen, dass es weder direkt noch indirekt mit einem der indischen ausführenden Hersteller oder der israelischen Unternehmen, die

den geltenden Antidumping- und Ausgleichsmaßnahmen unterliegen, verbunden war.

- (14) Wie bereits unter Randnummer 12 erwähnt, führte Hanita die von der Überprüfung betroffene Ware erstmals nach der Ausweitung der Maßnahmen in die Gemeinschaft aus. Hanita kauft PET-Folien ein, schneidet sie zu und formt sie um, und einige der von Hanita hergestellten Waren fallen unter dieselben KN-Codes wie die betroffene Ware. Für die von Hanita verarbeiteten und in die Gemeinschaft ausgeführten PET-Folien werden keine Inputs aus Indien verwendet. Daher wird der Schluss gezogen, dass diese Weiterverarbeitung keine Umgehungspraktik darstellt.

D. ÄNDERUNG DER ÜBERPRÜFTEN MASSNAHMEN

- (15) In Anbetracht der vorstehenden Feststellungen, denen zufolge Hanita die geltenden Maßnahmen nicht umgangen hat, sollte das Unternehmen von den ausgeweiteten Maßnahmen befreit werden.
- (16) Die mit der Einleitungsverordnung angeordnete zollamtliche Erfassung der aus Israel von Hanita versandten Einfuhren von PET-Folien sollte eingestellt werden. Gemäß Artikel 14 Absatz 5 der Antidumpinggrundverordnung, dem zufolge Maßnahmen gegenüber den zollamtlich erfassten Einfuhren vom Zeitpunkt dieser Erfassung an eingeführt werden können, sollte auf die aus Israel von Hanita versandten Einfuhren von PET-Folien, die bei der Einfuhr gemäß der Einleitungsverordnung zollamtlich erfasst wurden, kein Antidumpingzoll erhoben werden.
- (17) Im Einklang mit Artikel 13 Absatz 4 der Antidumpinggrundverordnung und Artikel 23 Absatz 3 der Antisubventionsgrundverordnung bleibt die Befreiung der von Hanita hergestellten PET-Folien von den ausgeweiteten Maßnahmen gültig, sofern nicht festgestellt wird, dass die Befreiung auf der Grundlage falscher oder irreführender Angaben des betreffenden Unternehmens gewährt wurde. Sollten Anscheinsbeweise auf das Gegenteil hindeuten, so kann die Kommission eine Untersuchung einleiten, um festzustellen, ob die Befreiung aufzuheben ist.

- (18) Die Befreiung der von Hanita hergestellten PET-Folien von den ausgeweiteten Maßnahmen beruht auf den Ergebnissen dieser Überprüfung. Diese Befreiung gilt somit ausschließlich für die Einfuhren von aus Israel versandten und von jener juristischen Person hergestellten PET-Folien. Die Einfuhren von PET-Folien, die nicht von in Artikel 1 Absatz 1 der Verordnungen (EG) Nr. 1975/2004 und (EG) Nr. 1976/2004 mit Name und Anschrift genannten Unternehmen (einschließlich der mit den ausdrücklich genannten Unternehmen verbundenen Unternehmen) hergestellt oder versandt werden, sind nicht von der Ausweitung ausgenommen und unterliegen dem mit den Verordnungen (EG) Nr. 1676/2001 und (EG) Nr. 2597/1999 eingeführten residualen Zoll.

E. Verfahren

- (19) Hanita und alle übrigen interessierten Parteien wurden über die Fakten und Erwägungen unterrichtet, auf deren Grundlage Hanita die Befreiung von den ausgeweiteten Maßnahmen gewährt werden sollte, und es gingen keine Stellungnahmen ein —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

- (1) Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1975/2004 erhält folgende Fassung:

„1. Der endgültige Antidumpingzoll in Höhe von 53,3 %, der mit der Verordnung (EG) Nr. 1676/2001 des Rates auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Indien der KN-Codes ex 3920 62 19 und ex 3920 62 90 eingeführt wurde, wird ausgeweitet auf die Einfuhren derselben Folien aus Polyethylenterephthalat, die aus Brasilien und aus Israel versandt werden, ob als Ursprungserzeugnisse Brasiliens oder Israels angemeldet oder nicht (TARIC-Codes 3920 62 19 01, 3920 62 19 04, 3920 62 19 07, 3920 62 19 11, 3920 62 19 14, 3920 62 19 17, 3920 62 19 21, 3920 62 19 24, 3920 62 19 27, 3920 62 19 31, 3920 62 19 34, 3920 62 19 37, 3920 62 19 41, 3920 62 19 44, 3920 62 19 47, 3920 62 19 51, 3920 62 19 54, 3920 62 19 57, 3920 62 19 61, 3920 62 19 67, 3920 62 19 74, 3920 62 19 92, 3920 62 90 31 und 3920 62 90 92), mit Ausnahme der von Terphane Ltda, BR 101, km 101, City of Cabo de Santo Agostinho, State of Pernambuco, Brasilien (TARIC-Zusatzcode A569), Jolybar Filmtechnic Converting Ltd (1987), Hacharutsim str. 7, Ind. Park Siim 2000, Natania South, 42504, POB 8380, Israel (TARIC-Zusatzcode A570) und Hanita Coatings Rural Cooperative Association Ltd, Kibbutz Hanita, 22885 Israel, (TARIC-Zusatzcode A691) hergestellten Folien aus Polyethylenterephthalat.“

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedsstaat.

Geschehen zu Brüssel am 20. Januar 2006.

Im Namen des Rates

Die Präsidentin

U. PLASSNIK

- (2) Artikel 1 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1976/2004 erhält folgende Fassung:

„(1) Der endgültige Ausgleichszoll in Höhe von 19,1 %, der mit der Verordnung (EG) Nr. 2597/1999 des Rates auf die Einfuhren von Folien aus Polyethylenterephthalat mit Ursprung in Indien der KN-Codes ex 3920 62 19 und ex 3920 62 90 eingeführt wurde, wird ausgeweitet auf die Einfuhren derselben Folien aus Polyethylenterephthalat, die aus Brasilien und aus Israel versandt werden, ob als Ursprungserzeugnisse Brasiliens oder Israels angemeldet oder nicht (TARIC-Codes 3920 62 19 01, 3920 62 19 04, 3920 62 19 07, 3920 62 19 11, 3920 62 19 14, 3920 62 19 17, 3920 62 19 21, 3920 62 19 24, 3920 62 19 27, 3920 62 19 31, 3920 62 19 34, 3920 62 19 37, 3920 62 19 41, 3920 62 19 44, 3920 62 19 47, 3920 62 19 51, 3920 62 19 54, 3920 62 19 57, 3920 62 19 61, 3920 62 19 67, 3920 62 19 74, 3920 62 19 92, 3920 62 90 31 und 3920 62 90 92), mit Ausnahme der von Terphane Ltda, BR 101, km 101, City of Cabo de Santo Agostinho, State of Pernambuco, Brasilien (TARIC-Zusatzcode A569), Jolybar Filmtechnic Converting Ltd (1987), Hacharutsim str. 7, Ind. Park Siim 2000, Natania South, 42504, POB 8380, Israel (TARIC-Zusatzcode A570) und Hanita Coatings Rural Cooperative Association Ltd, Kibbutz Hanita, 22885, Israel (TARIC-Zusatzcode A691) hergestellten Folien aus Polyethylenterephthalat.“

Artikel 2

Die zollamtliche Erfassung der Einfuhren von PET-Folien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 1370/2005 wird ohne Vereinnahmung von Antidumpingzöllen eingestellt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

VERORDNUNG (EG) Nr. 102/2006 DER KOMMISSION**vom 20. Januar 2006****zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —
gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 3223/94 der Kommission vom 21. Dezember 1994 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhrregelung für Obst und Gemüse ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 4 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die in Anwendung der Ergebnisse der multilateralen Handelsverhandlungen der Uruguay-Runde von der Kommission festzulegenden, zur Bestimmung der pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigenden Kriterien sind in der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 für die in ihrem Anhang angeführten Erzeugnisse und Zeiträume festgelegt.

- (2) In Anwendung der genannten Kriterien sind die im Anhang zur vorliegenden Verordnung ausgewiesenen pauschalen Einfuhrwerte zu berücksichtigen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 3223/94 genannten pauschalen Einfuhrwerte sind in der Tabelle im Anhang zur vorliegenden Verordnung festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Januar 2006 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission

J. L. DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 337 vom 24.12.1994, S. 66. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 386/2005 (ABl. L 62 vom 9.3.2005, S. 3).

ANHANG

zur Verordnung der Kommission vom 20. Januar 2006 zur Festlegung pauschaler Einfuhrwerte für die Bestimmung der im Sektor Obst und Gemüse geltenden Einfuhrpreise

(EUR/100 kg)		
KN-Code	Drittland-Code ⁽¹⁾	Pauschaler Einfuhrpreis
0702 00 00	052	99,5
	204	72,5
	212	95,5
	624	115,6
	999	95,8
0707 00 05	052	137,6
	204	101,1
	999	119,4
0709 10 00	220	88,5
	999	88,5
0709 90 70	052	144,3
	204	139,9
	999	142,1
0805 10 20	052	46,0
	204	61,7
	212	61,8
	220	50,3
	624	58,4
	999	55,6
0805 20 10	052	74,2
	204	75,6
	999	74,9
0805 20 30, 0805 20 50, 0805 20 70, 0805 20 90	052	62,6
	204	95,6
	400	86,0
	464	142,9
	624	74,0
	662	27,9
	999	81,5
0805 50 10	052	50,2
	220	60,5
	999	55,4
0808 10 80	400	117,5
	404	104,8
	512	58,4
	720	64,2
	999	86,2
0808 20 50	400	81,6
	720	39,1
	999	60,4

⁽¹⁾ Nomenklatur der Länder gemäß der Verordnung (EG) Nr. 750/2005 der Kommission (ABl. L 126 vom 19.5.2005, S. 12). Der Code „999“ steht für „Verschiedenes“.

VERORDNUNG (EG) Nr. 103/2006 DER KOMMISSION**vom 20. Januar 2006****über ergänzende Bestimmungen zur Anwendung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schlachtkörper ausgewachsener Rinder**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch ⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EWG) Nr. 1208/81 des Rates vom 28. April 1981 zur Bestimmung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schlachtkörper ausgewachsener Rinder ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 6 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Verordnung (EWG) Nr. 2930/81 der Kommission vom 12. Oktober 1981 über ergänzende Bestimmungen zur Anwendung des gemeinschaftlichen Handelsklassenschemas für Schlachtkörper ausgewachsener Rinder ⁽³⁾ ist in wesentlichen Punkten geändert worden ⁽⁴⁾. Aus Gründen der Übersichtlichkeit und Klarheit empfiehlt es sich daher, die genannte Verordnung zu kodifizieren.
- (2) Zur Sicherstellung der einheitlichen Einstufung der Schlachtkörper ausgewachsener Rinder in der Gemein-

schaft müssen die Fleischigkeitsklassen und die Fettgewebeklassen genau definiert werden.

- (3) Die in dieser Verordnung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Verwaltungsausschusses für Rindfleisch —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die ergänzenden Bestimmungen über die Einstufung nach Fleischigkeit und Fettgewebe im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 der Verordnung (EWG) Nr. 1208/81 sind im Anhang I aufgeführt.

Artikel 2

Die Verordnung (EWG) Nr. 2930/81 wird aufgehoben.

Bezugnahmen auf die aufgehobene Verordnung gelten als Bezugnahmen auf die vorliegende Verordnung und sind nach Maßgabe der Entsprechungstabelle in Anhang III zu lesen.

*Artikel 3*Diese Verordnung tritt am zwanzigsten Tag nach ihrer Veröffentlichung im *Amtsblatt der Europäischen Union* in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission

José Manuel BARROSO

Der Präsident

⁽¹⁾ ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 21. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1913/2005 (AbL. L 307 vom 25.11.2005, S. 2).

⁽²⁾ ABl. L 123 vom 7.5.1981, S. 3. Verordnung geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 1026/91 (AbL. L 106 vom 26.4.1991, S. 2).

⁽³⁾ ABl. L 293 vom 13.10.1981, S. 6. Verordnung geändert durch die Verordnung (EWG) Nr. 2237/91 (AbL. L 204 vom 27.7.1991, S. 11).

⁽⁴⁾ Siehe Anhang II.

ANHANG I

1. FLEISCHIGKEIT

Entwicklung der Profile der Schlachtkörper und insbesondere ihrer wesentlichen Teile (Keule, Rücken, Schulter)

Fleischigkeitsklasse	Ergänzende Bestimmungen	
S Extra	Keule: sehr stark ausgeprägt, doppelte Bemuskelung, deutlich voneinander getrennte Muskeln Rücken: sehr breit und sehr gewölbt, bis in Schulterhöhe Schulter: sehr stark ausgeprägt	Oberschale tritt sehr stark über die Beckenfuge (<i>Symphisis pelvis</i>) hinaus Hüfte sehr stark ausgeprägt
E vorzüglich	Keule: stark ausgeprägt Rücken: breit und sehr gewölbt, bis in Schulterhöhe Schulter: stark ausgeprägt	Oberschale tritt stark über die Beckenfuge (<i>Symphisis pelvis</i>) hinaus Hüfte stark ausgeprägt
U sehr gut	Keule: ausgeprägt Rücken: breit und gewölbt, bis in Schulterhöhe Schulter: ausgeprägt	Oberschale tritt über die Beckenfuge (<i>Symphisis pelvis</i>) hinaus Hüfte ausgeprägt
R gut	Keule: gut entwickelt Rücken: noch gewölbt, aber weniger breit in Schulterhöhe Schulter: ziemlich gut entwickelt	Oberschale und Hüfte sind leicht ausgeprägt
O mittel	Keule: mittelmäßig entwickelt Rücken: mittelmäßig entwickelt Schulter: mittelmäßig entwickelt bis fast flach	Hüfte geradlinig
P gering	Keule: schwach entwickelt Rücken: schmal mit hervortretenden Knochen Schulter: flach mit hervortretenden Knochen	

2. FETTGEWEBE

Dicke der Fettschicht auf der Außenseite des Schlachtkörpers und auf der Innenseite der Brusthöhle

Fettgewebeklasse	Ergänzende Bestimmungen
1 sehr gering	Kein Fettansatz in der Brusthöhle
2 gering	In der Brusthöhle ist die Muskulatur zwischen den Rippen deutlich sichtbar
3 mittel	In der Brusthöhle ist die Muskulatur zwischen den Rippen noch sichtbar
4 stark	Fettstränge der Keule hervortretend. In der Brusthöhle kann die Muskulatur zwischen den Rippen von Fett durchzogen sein
5 sehr stark	Die Keule ist fast vollständig mit einer dicken Fettschicht überzogen, so dass die Fettstränge nicht mehr sichtbar sind. In der Brusthöhle ist die Muskulatur zwischen den Rippen von Fett durchzogen

ANHANG II

Aufgehobene Verordnung mit ihrer nachfolgenden Änderung

Verordnung (EWG) Nr. 2930/81 der Kommission (ABl. L 293, 13.10.1981, S. 6)

Verordnung (EWG) Nr. 2237/91 der Kommission (ABl. L 204, 27.7.1991, S. 11)

ANHANG III

Entsprechungstabelle

Verordnung (EWG) Nr. 2930/81	Vorliegende Verordnung
Artikel 1	Artikel 1
—	Artikel 2
Artikel 2	Artikel 3
Anhang	Anhang I
—	Anhang II
—	Anhang III

VERORDNUNG (EG) Nr. 104/2006 DER KOMMISSION

vom 20. Januar 2006

über die Einfuhrlizenzen für aus Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse des Rindfleischsektors

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1254/1999 des Rates vom 17. Mai 1999 über die gemeinsame Marktorganisation für Rindfleisch ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2286/2002 des Rates vom 10. Dezember 2002 über die Regelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und daraus hergestellte Waren mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP) und zur Aufhebung der Verordnung (EG) Nr. 1706/98 ⁽²⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2247/2003 der Kommission vom 19. Dezember 2003 mit Durchführungsbestimmungen für den Rindfleischsektor zu der Verordnung (EG) Nr. 2286/2002 des Rates über die Regelung für landwirtschaftliche Erzeugnisse und daraus hergestellte Waren mit Ursprung in den Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean (AKP-Staaten) ⁽³⁾, insbesondere auf Artikel 5,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 2247/2003 sieht die Möglichkeit vor, Einfuhrlizenzen für aus Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse des Rindfleischsektors zu erteilen. Allerdings müssen die Einfuhren im Rahmen der für jedes Ausfuhrdrittland vorgesehenen Mengen erfolgen.

(2) Die vom 1. bis 10. Januar 2006 eingereichten, in Fleisch ohne Knochen ausgedrückten Anträge auf Erteilung einer Lizenz im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 2247/2003 für aus Botsuana, Kenia, Madagaskar, Swasiland, Simbabwe und Namibia stammende Erzeugnisse übersteigen nicht die für diese Staaten verfügbaren Mengen. Es ist daher möglich, Einfuhrlizenzen für die beantragten Mengen auszustellen.

(3) Es sind die Mengen festzusetzen, für welche ab dem 1. Februar 2006 Lizenzen im Rahmen der Gesamtmenge von 52 100 t beantragt werden können.

(4) Es wird in diesem Zusammenhang daran erinnert, dass mit dieser Verordnung nicht die Richtlinie 72/462/EWG des Rates vom 12. Dezember 1972 zur Regelung tierseuchenrechtlicher und gesundheitlicher Fragen bei der Einfuhr von Rindern, Schweinen, Schafen und Ziegen, von frischem Fleisch oder von Fleischerzeugnissen aus Drittländern ⁽⁴⁾ beeinträchtigt wird —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die nachstehenden Mitgliedstaaten stellen am 21. Januar 2006 für Erzeugnisse des Sektors Rindfleisch mit Ursprung in bestimmten Staaten in Afrika, im karibischen Raum und im Pazifischen Ozean Einfuhrlizenzen für die nachstehend angegebenen Mengen und Ursprungsländer aus, ausgedrückt in Fleisch ohne Knochen:

Deutschland:

— 250 t mit Ursprung in Botsuana,

— 250 t mit Ursprung in Namibia;

Vereinigtes Königreich:

— 200 t mit Ursprung in Botsuana,

— 200 t mit Ursprung in Namibia.

Artikel 2

Die Lizenzen können gemäß Artikel 4 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 2247/2003 in den ersten zehn Tagen des Monats Februar 2006 für folgende Mengen beantragt werden (ausgedrückt in Fleisch ohne Knochen):

Botsuana: 18 466 t,

Kenia: 142 t,

Madagaskar: 7 579 t,

Swasiland: 3 363 t,

Simbabwe: 9 100 t,

Namibia: 12 550 t.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 21. Januar 2006 in Kraft.

⁽¹⁾ ABl. L 160 vom 26.6.1999, S. 21. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1899/2004 der Kommission (ABl. L 328 vom 30.10.2004, S. 67).

⁽²⁾ ABl. L 348 vom 21.12.2002, S. 5.

⁽³⁾ ABl. L 333 vom 20.12.2003, S. 37. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1118/2004 (ABl. L 217 vom 17.6.2004, S. 10).

⁽⁴⁾ ABl. L 302 vom 31.12.1972, S. 28. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 807/2003 (ABl. L 122 vom 16.5.2003, S. 36).

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission

J. L. DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

VERORDNUNG (EG) Nr. 105/2006 DER KOMMISSION**vom 20. Januar 2006****zur Änderung der im Zuckersektor für bestimmte Erzeugnisse geltenden repräsentativen Preise und der Beträge der zusätzlichen Einfuhrzölle gemäß der Verordnung (EG) Nr. 1011/2005 für das Wirtschaftsjahr 2005/06**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates vom 19. Juni 2001 über die gemeinsame Marktorganisation für Zucker ⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1423/95 der Kommission vom 23. Juni 1995 mit Durchführungsbestimmungen zur Einfuhr von Erzeugnissen des Zuckersektors außer Melasse ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 1 Absatz 2 zweiter Unterabsatz und Artikel 3 Absatz 1,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und bestimmtem Sirup zu berücksichtigenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Einfuhrzölle für das Wirtschaftsjahr 2005/06 wurden durch die Verordnung (EG) Nr. 1011/2005 der Kommission ⁽³⁾ festgesetzt. Diese

Preise und Zölle wurden zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 70/2006 der Kommission ⁽⁴⁾.

- (2) Die der Kommission derzeit vorliegenden Angaben führen zu einer Änderung der genannten Beträge gemäß den in der Verordnung (EG) Nr. 1423/95 vorgesehenen Regeln und Modalitäten —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die bei der Einfuhr der in Artikel 1 der Verordnung (EG) Nr. 1423/95 genannten Erzeugnisse anzuwendenden repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle, festgesetzt mit der Verordnung (EG) Nr. 1011/2005 für das Wirtschaftsjahr 2005/06, werden geändert und sind im Anhang der vorliegenden Verordnung aufgeführt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Januar 2006 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission

J. L. DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 39/2004 der Kommission (AbI. L 6 vom 10.1.2004, S. 16).

⁽²⁾ ABl. L 141 vom 24.6.1995, S. 16. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 624/98 (AbI. L 85 vom 20.3.1998, S. 5).

⁽³⁾ ABl. L 170 vom 1.7.2005, S. 35.

⁽⁴⁾ ABl. L 11 vom 17.1.2006, S. 15.

ANHANG

Geänderte Beträge der bei der Einfuhr von Weißzucker, Rohzucker und der Erzeugnisse des KN-Codes 1702 90 99 ab dem 21. Januar 2006 anwendbaren repräsentativen Preise und zusätzlichen Zölle

(EUR)

KN-Code	Repräsentativer Preis je 100 kg Eigengewicht	Zusätzlicher Zoll je 100 kg Eigengewicht
1701 11 10 ⁽¹⁾	32,98	1,39
1701 11 90 ⁽¹⁾	32,98	5,04
1701 12 10 ⁽¹⁾	32,98	1,26
1701 12 90 ⁽¹⁾	32,98	4,71
1701 91 00 ⁽²⁾	31,08	9,69
1701 99 10 ⁽²⁾	31,08	5,17
1701 99 90 ⁽²⁾	31,08	5,17
1702 90 99 ⁽³⁾	0,31	0,34

⁽¹⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Anhang I Abschnitt II der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001 des Rates (ABl. L 178 vom 30.6.2001, S. 1).

⁽²⁾ Festsetzung für die Standardqualität gemäß Anhang I Abschnitt I der Verordnung (EG) Nr. 1260/2001.

⁽³⁾ Festsetzung pro 1 % Saccharosegehalt.

VERORDNUNG (EG) Nr. 106/2006 DER KOMMISSION
vom 20. Januar 2006
zur Festsetzung des Weltmarktpreises für nicht entkörnte Baumwolle

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf das Protokoll Nr. 4 über Baumwolle im Anhang zur Akte über den Beitritt Griechenlands, zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1050/2001 des Rates ⁽¹⁾,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1051/2001 des Rates vom 22. Mai 2001 über die Erzeugerbeihilfe für Baumwolle ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 4,

in Erwägung nachstehender Gründe:

(1) Gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1051/2001 wird der Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle regelmäßig anhand des in der Vergangenheit festgestellten Verhältnisses zwischen dem für entkörnte Baumwolle festgestellten Weltmarktpreis und dem für nicht entkörnte Baumwolle berechneten Weltmarktpreis auf der Grundlage des Weltmarktpreises für entkörnte Baumwolle ermittelt. Dieses in der Vergangenheit festgestellte Verhältnis ist mit Artikel 2 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1591/2001 der Kommission vom 2. August 2001 zur Durchführung der Beihilferegelung für Baumwolle ⁽³⁾ festgesetzt worden. Kann der Weltmarktpreis so nicht ermittelt werden, so wird er anhand des zuletzt ermittelten Preises bestimmt.

(2) Gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 1051/2001 wird der Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle

für ein Erzeugnis, das bestimmte Merkmale aufweist, unter Berücksichtigung der günstigsten Angebote und Notierungen auf dem Weltmarkt unter denjenigen bestimmt, die als repräsentativ für den tatsächlichen Markttrend gelten. Zu dieser Bestimmung wird der Durchschnitt der Angebote und Notierungen herangezogen, die an einem oder mehreren repräsentativen europäischen Börsenplätzen für ein in einem Hafen der Gemeinschaft cif-geliefertes Erzeugnis aus einem der Lieferländer festgestellt werden, die als die für den internationalen Handel am repräsentativsten gelten. Es sind jedoch Anpassungen dieser Kriterien für die Bestimmung des Weltmarktpreises für entkörnte Baumwolle vorgesehen, um den Differenzen Rechnung zu tragen, die durch die Qualität des gelieferten Erzeugnisses oder die Art der Angebote und Notierungen gerechtfertigt sind. Diese Anpassungen sind in Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1591/2001 festgesetzt.

(3) In Anwendung vorgenannter Kriterien wird der Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle in nachstehender Höhe festgesetzt —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Der in Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1051/2001 genannte Weltmarktpreis für nicht entkörnte Baumwolle wird auf 22,345 EUR/100 kg festgesetzt.

Artikel 2

Diese Verordnung tritt am 21. Januar 2006 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission

J. L. DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 148 vom 1.6.2001, S. 1.

⁽²⁾ ABl. L 148 vom 1.6.2001, S. 3.

⁽³⁾ ABl. L 210 vom 3.8.2001, S. 10. Verordnung geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1486/2002 (AbL. L 223 vom 20.8.2002, S. 3).

VERORDNUNG (EG) Nr. 107/2006 DER KOMMISSION**vom 20. Januar 2006****über die Erteilung von Lizenzen für die Einfuhr bestimmter Pilzkonserven für die im Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 eingereichten Lizenzanträge**

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 2201/96 des Rates vom 28. Oktober 1996 über die gemeinsame Marktorganisation für Verarbeitungserzeugnisse aus Obst und Gemüse ⁽¹⁾,gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 1864/2004 der Kommission vom 26. Oktober 2004 zur Eröffnung und Verwaltung von Zollkontingenten für aus Drittländern eingeführte Pilzkonserven ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 10 Absatz 2,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Mengen, für die die traditionellen Einführer und die neuen Einführer vom 2. bis 6. Januar 2006 gemäß Artikel 8 Absätze 1 und 2 der Verordnung (EG) Nr. 1864/2004 Lizenzanträge gestellt haben, überschreiten die verfügbaren Mengen für Erzeugnisse mit Ursprung in China.
- (2) Daher ist festzulegen, in welchem Umfang den der Kommission am 16. Januar 2006 übermittelten Anträgen stattgegeben werden kann, und es sind die Zeitpunkte,

bis zu denen die Lizenzerteilung ausgesetzt werden muss, je nach Einführerkategorie und Ursprung der Erzeugnisse festzusetzen —

HAT FOLGENDE VERORDNUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die vom 2. bis 6. Januar 2006 gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) Nr. 1864/2004 gestellten und der Kommission am 16. Januar 2006 übermittelten Anträge auf Erteilung von Einfuhrlicenzen werden nach Maßgabe der Prozentsätze der beantragten Mengen gemäß Anhang I der vorliegenden Verordnung erteilt.

Artikel 2

Für die betreffende Einführerkategorie und den betreffenden Ursprung werden die gemäß Artikel 4 der Verordnung (EG) 1864/2004 nach dem 6. Januar 2006 und vor dem in Anhang II genannten Zeitpunkt gestellten Einfuhrlicenzanträge für den Zeitraum vom 1. Januar 2006 bis 31. Dezember 2006 abgelehnt.

Artikel 3

Diese Verordnung tritt am 21. Januar 2006 in Kraft.

Diese Verordnung ist in allen ihren Teilen verbindlich und gilt unmittelbar in jedem Mitgliedstaat.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission

J. L. DEMARTY

*Generaldirektor für Landwirtschaft und ländliche
Entwicklung*

⁽¹⁾ ABl. L 297 vom 21.11.1996, S. 29. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 386/2004 der Kommission (AbL. L 64 vom 2.3.2004, S. 25).

⁽²⁾ ABl. L 325 vom 28.10.2004, S. 30.

ANHANG I

Ursprung der Erzeugnisse	Zuteilungsprozentsätze			
	Bulgarien	Rumänien	China	Andere Drittländer als Bulgarien, Rumänien und China
— traditionelle Einführer (Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1864/2004)	100 %	—	42,84 %	100 %
— neue Einführer (Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1864/2004)			7,09 %	—

„—“: Der Kommission ist kein Lizenzantrag übermittelt worden.

ANHANG II

Ursprung der Erzeugnisse	Zeitpunkt			
	Bulgarien	Rumänien	China	Andere Drittländer als Bulgarien, Rumänien und China
— traditionelle Einführer (Artikel 3 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 1864/2004)	1.1.2007	1.1.2007	1.1.2007	1.1.2007
— neue Einführer (Artikel 3 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 1864/2004)			1.1.2007	1.1.2007

II

(Nicht veröffentlichungsbedürftige Rechtsakte)

KOMMISSION

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Januar 2006

zur Befreiung bestimmter Parteien von der Ausweitung auf bestimmte Fahrradteile des Antidumpingzolls, der mit der Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 des Rates auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführt und mit der Verordnung (EG) Nr. 1095/2005 des Rates aufrechterhalten und geändert wurde, und zur Aufhebung der gemäß der Verordnung (EG) Nr. 88/97 erfolgten Aussetzung der Entrichtung des auf bestimmte Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China ausgeweiteten Antidumpingzolls im Fall bestimmter Parteien

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 54)

(2006/22/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 384/96 des Rates vom 22. Dezember 1995 über den Schutz gegen gedumpte Einfuhren aus nicht zur Europäischen Gemeinschaft gehörenden Ländern ⁽¹⁾ (nachstehend „Grundverordnung“ genannt),

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 71/97 des Rates vom 10. Januar 1997 zur Ausweitung des mit der Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 auf Fahrräder mit Ursprung in der Volksrepublik China eingeführten endgültigen Antidumpingzolls auf die Einfuhren bestimmter Fahrradteile aus der Volksrepublik China und zur Erhebung des ausgeweiteten Zolls auf derartige gemäß der Verordnung (EG) Nr. 703/96 zollamtlich erfasste Einfuhren ⁽²⁾, aufrechterhalten mit der Verordnung (EG) Nr. 1524/2000 ⁽³⁾ und geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1095/2005 ⁽⁴⁾.

gestützt auf die Verordnung (EG) Nr. 88/97 der Kommission vom 20. Januar 1997 betreffend die Genehmigung der Befreiung der Einfuhren bestimmter Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China von dem mit der Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 des Rates eingeführten und mit der Verordnung (EG) Nr. 71/97 des Rates ausgeweiteten Antidumpingzoll ⁽⁵⁾, aufrechterhalten mit der Verordnung (EG) Nr. 1524/2000 und geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 1095/2005, insbesondere auf Artikel 7,

nach Konsultationen im Beratenden Ausschuss,

⁽¹⁾ ABl. L 56 vom 6.3.1996, S. 1. Verordnung zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 2117/2005 (ABl. L 340 vom 23.12.2005, S. 17).

⁽²⁾ ABl. L 16 vom 18.1.1997, S. 55.

⁽³⁾ ABl. L 175 vom 14.7.2000, S. 39.

⁽⁴⁾ ABl. L 183 vom 14.7.2005, S. 1.

⁽⁵⁾ ABl. L 17 vom 21.1.1997, S. 17.

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Nach dem Inkrafttreten der Verordnung (EG) Nr. 88/97 beantragten mehrere Fahrradmontagebetriebe gemäß Artikel 3 der genannten Verordnung eine Befreiung von dem mit der Verordnung (EG) Nr. 71/97 auf die Einfuhren bestimmter Fahrradteile aus der Volksrepublik China ausweiteten Antidumpingzoll (nachstehend „ausgeweiteter Antidumpingzoll“ genannt). Die Kommission veröffentlichte im Amtsblatt mehrmals Listen der Antragsteller⁽¹⁾, für die die Entrichtung des ausgeweiteten Antidumpingzolls auf ihre Einfuhren wesentlicher, zum zollrechtlich freien Verkehr angemeldeter Fahrradteile gemäß Artikel 5 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 ausgesetzt wurde.
- (2) Nach der letzten Veröffentlichung der Liste der untersuchten Parteien⁽²⁾ wurde ein Untersuchungszeitraum definiert. Dieser erstreckte sich auf den Zeitraum vom 1. Januar 2004 bis zum 31. Dezember 2004 für die in den 15 Mitgliedstaaten vor der Erweiterung der Europäischen Union am 1. Mai 2004 ansässigen Parteien und vom 1. Mai 2004 bis zum 31. Dezember 2004 für die in den neuen Mitgliedstaaten ansässigen Parteien. Allen untersuchten Parteien wurde ein Fragebogen zugesandt, in dem Informationen über die Montagevorgänge angefordert wurden, die im betreffenden Untersuchungszeitraum ausgeführt wurden.

A. ANTRÄGE AUF BEFREIUNG DER PARTEIEN, DENEN ZUVOR EINE AUSSETZUNG DES ZOLLS GEWÄHRT WURDE

A.1. Zulässige Anträge auf Befreiung

- (3) Von den in Tabelle 1 genannten Parteien erhielt die Kommission alle Informationen, die sie als notwendig erachtete, um über die Zulässigkeit der Anträge zu befinden. Die übermittelten Angaben wurden analysiert und gegebenenfalls in den Betrieben der betroffenen Parteien überprüft. Auf der Grundlage dieser Informationen erklärte die Kommission die Anträge der in Tabelle 1 genannten Parteien für zulässig gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 88/97.

Tabelle 1

Name	Anschrift	Land	TARIC-Zusatzcode
4EVER s.r.o.	2. května 267, CZ-742 13 Studénka	Tschechische Republik	A558
Accell Hunland Kft.	Parkoló tér 1., H-1059 Tószeg	Ungarn	A534
AMP Welding, s.r.o.	Orlové 165, SK-01701 Považská Bystrica	Slowakische Republik	A572
Bike Fun International s.r.o.	Štefánikova 1163, CZ-742 21 Kopřivnice	Tschechische Republik	A536
BPS Bicycle Industrial s.r.o.	Šumavská 779/2, CZ-787 01 Šumperk	Tschechische Republik	A537
CAPRI-Ne Kft.	Kiskút útja 1., H-8000 Székesfehérvár	Ungarn	A562
Ciclo Meccanica Srl	Via delle Industrie 14 I-20050 Sulbiate (MI)	Italien	A170
EURO.T POLSKA Sp. z o.o.	ul. Drogowców 12, PL-42-200 Częstochowa	Polen	A549
Eurobik, s.r.o.	Bardejovská 36, SK-080 06 Prešov	Slowakische Republik	A575
EXPLORER group s.r.o.	CZ-742 67 Ženkla 167	Tschechische Republik	A563
Falter Bike GmbH & Co. KG	Bunzlauer Straße 15, D-33719 Bielefeld	Deutschland	A125

⁽¹⁾ ABl. C 45 vom 13.2.1997, S. 3, ABl. C 112 vom 10.4.1997, S. 9, ABl. C 220 vom 19.7.1997, S. 6, ABl. C 378 vom 13.12.1997, S. 2, ABl. C 217 vom 11.7.1998, S. 9, ABl. C 37 vom 11.2.1999, S. 3, ABl. C 186 vom 2.7.1999, S. 6, ABl. C 216 vom 28.7.2000, S. 8, ABl. C 170 vom 14.6.2001, S. 5, ABl. C 103 vom 30.4.2002, S. 2, ABl. C 35 vom 14.2.2003, S. 3, ABl. C 43 vom 22.2.2003, S. 5, ABl. C 54 vom 2.3.2004, S. 2, und ABl. C 299 vom 4.12.2004, S. 4.

⁽²⁾ ABl. C 299 vom 4.12.2004, S. 4.

Name	Anschrift	Land	TARIC-Zusatzcode
FHMM Sp. z o.o.	ul. Ciecholowicka 29, 55-120 Oborniki Śląskie	Polen	A548
IB Sp. z o.o.	Zakład Pracy Chronionej, ul. Miłośników Podhala 1, PL-34-425 Biały Dunajec	Polen	A539
IDEAL EUROPE Sp. z o.o.	ul. Metalowa 11, PL-99-300 Kutno	Polen	A540
Jan Zasada Biuro Ekonomiczno-Handlowe	ul. Fabryczna 6, PL-98-300 Wieluń	Polen	A542
Jozef Kender-Kenzel	Imeľ č. 830, SK-946 52 Imeľ	Slowakische Republik	A557
KROSS S.A.	ul. Leszno 46, PL-06-300 Przasnysz	Polen	A543
Mama spol. s.r.o.	Krajinská 1, SK-921 01 Piešťany	Slowakische Republik	A551
Master Bike, s.r.o.	Sadová 2, CZ-789 01 Zábřeh na Moravě	Tschechische Republik	A552
N.V. Race Productions	Ambachtstraat 19, B-3980 Tessenderlo	Belgien	A576
Neuzer Kerékpár Kereskedelmi és Szolgáltató Kft.	Eötvös u. 48., H-2500 Esztergom	Ungarn	A545
Novus Bike s.r.o.	Hlavní 266, CZ-747 81 Otice	Tschechische Republik	A553
Olimpia Kerékpár Kft.	Ostorhegy u. 4., H-1164 Budapest	Ungarn	A554
Przedsiębiorstwo Handlowo Produkcyjne UNIBIKE Jerzy Orłowski, Piotr Drobotowski Sp. Jawna	ul. Przemysłowa 28B, PL-85-758 Bydgoszcz	Polen	A556
Schwinn-Csepel Kerékpár-gyártó és Forgalmazó Rt.	Gyepsor u. 1., H-1211 Budapest	Ungarn	A555
Sprick Rowery Sp. z o.o.	ul. Świerczewskiego 76, PL-66-200 Świebodzin	Polen	A571
Trade-Stomil Sp. z o.o.	ul. 6 Sierpnia 74, PL-90-646 Łódź	Polen	A574
UAB Baltik Vairas	Pramonės g. 3, LT-78138 Šiauliai	Litauen	A547
Zweirad Paulsen	Hauptstraße 80, D-49635 Badbergen	Deutschland	A566

- (4) Den endgültigen Feststellungen der Kommission zufolge betrug der Wert der von den betroffenen Antragstellern bei ihren Montagevorgängen verwendeten Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China weniger als 60 % des Gesamtwerts der bei diesen Montagevorgängen verwendeten Teile, so dass sie nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 13 Absatz 2 der Grundverordnung fallen.
- (5) In Anbetracht dessen und im Einklang mit Artikel 7 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 sollten die in der vorstehenden Tabelle genannten Parteien vom ausgeweiteten Antidumpingzoll befreit werden.
- (6) Gemäß Artikel 7 Absatz 2 der genannten Verordnung sollten die in Tabelle 1 genannten Parteien ab dem Tag des Eingangs ihrer Anträge vom ausgeweiteten Antidumpingzoll befreit werden. Ferner gilt ihre diesbezügliche Zollschuld ab diesem Zeitpunkt als erloschen.

- (7) In diesem Zusammenhang informierten fünf der in Tabelle 1 genannten Parteien die Kommission über eine Umfirmierung und/oder eine Verlegung ihres Firmensitzes bzw. die Übertragung ihrer Geschäftstätigkeit im Untersuchungszeitraum:
- „AB Baltik Vairas, Tilžės g. 74, 5410 Šiauliai, Litauen“, Umfirmierung und Verlegung des Firmensitzes, nunmehr „UAB Baltik Vairas, Pramonės g. 3, 78138, Litauen“;
 - „EXPLORER Bike s.r.o., Štefánikova 1163, 742 21 Kopřivnice, Tschechische Republik“, Umfirmierung und Verlegung des Firmensitzes, nunmehr „EXPLORER Group s.r.o., Ženklava 167, 742 67 Ženklava, Tschechische Republik“;
 - „Firma Handlowa Marta Majcher, ul. Małomicka 48/1, 59-300 Lubin, Polen“, Übertragung ihrer Geschäftstätigkeit auf „FHMM Sp. z o.o., ul. Ciecholewicka 29, 55-120 Oborniki Śląskie, Polen“;
 - „KROSS Sp. z o.o., Ul. Leszno 46, 06-300 Przasnysz, Polen“, Umfirmierung, nunmehr „KROSS S.A., Ul. Leszno 46, 06-300 Przasnysz, Polen“;
 - „Master Bike, s.r.o., Písařov 86, 789 91 Písařov, Tschechische Republik“, Verlegung des Firmensitzes nach „Sadová 2, 789 01 Zábřeh na Moravě, Tschechische Republik“.
- (8) Die Untersuchung ergab, dass sich die Umfirmierungen, die Verlegung der Firmensitze und die Übertragung der Geschäftstätigkeit nicht auf die Montagevorgänge im Sinne der Verordnung (EG) Nr. 88/97 auswirkten. Daher ist die Kommission der Auffassung, dass die Befreiung von dem ausgeweiteten Antidumpingzoll von diesen Änderungen unberührt bleiben sollte.

A.2. Unzulässige Anträge auf Befreiung und Rücknahme von Anträgen

- (9) Die in Tabelle 2 genannten Parteien übermittelten ebenfalls Anträge auf Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll.

Tabelle 2

Name	Anschrift	Land	TARIC-Zusatzcode
Czech Bike, a.s.	Palackého 82, CZ-612 00 Brno	Tschechische Republik	A560
MEMO cz, s.r.o.	Jungmannova 319, CZ-506 01 Jičín	Tschechische Republik	A544
Special Bike di Diciolla Francesco	Via dei Mille 50, I-71042 Cerignola (Foggia)	Italien	A533
Winora Staiger GmbH	Max-Planck-Straße 6, D-97526 Sennfeld	Deutschland	A559

- (10) Bei den Kontrollbesuchen im Betrieb einer Partei stellte sich heraus, dass bestimmte spezifische Protokolle nicht geführt und die für die Gewährung einer Befreiung notwendigen ausführlichen Informationen nicht zur Verfügung gestellt worden waren. Insbesondere die Angaben zum Ursprung der bei den Montagevorgängen verwendeten Fahrradteile gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 konnten nicht verifiziert werden. Die Kommission informierte die Partei darüber, dass sie beabsichtigte, ihren Antrag abzulehnen. Diese übermittelte daraufhin eine schriftliche Stellungnahme, brachte jedoch keine weiteren verifizierbaren Beweise für ihre Argumente bei.
- (11) Eine andere Partei zog ihren Antrag auf Befreiung zurück und setzte die Kommission davon in Kenntnis.

- (12) Eine weitere Partei versäumte es, die für die Prüfung ihres Antrags erforderlichen Informationen zu übermitteln. Aus diesem Grund und im Einklang mit Artikel 7 Absatz 3 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 teilte die Kommission dieser Partei mit, dass sie beabsichtigte, ihren Antrag auf Befreiung abzulehnen. Die Partei erhielt Gelegenheit zur Stellungnahme. Hierauf erfolgte keine Reaktion.
- (13) Eine weitere Partei verwendete die Fahrradteile im Untersuchungszeitraum nicht für die Herstellung oder Montage von Fahrrädern und hielt damit nicht ihre Verpflichtungen nach Maßgabe des Artikels 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 ein. Die Partei wurde entsprechend informiert und übermittelte eine schriftliche Stellungnahme. Da sich diese Angaben jedoch auf einen Zeitraum nach dem Untersuchungszeitraum bezogen, konnten sie gemäß Artikel 6 Absatz 1 der Grundverordnung nicht berücksichtigt werden.
- (14) Da die in Tabelle 2 genannten Parteien die Voraussetzungen für eine Befreiung gemäß Artikel 6 Absatz 2 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 der Kommission nicht erfüllen, ist die Kommission gezwungen, ihre Anträge auf Befreiung gemäß Artikel 7 Absatz 3 der genannten Verordnung abzulehnen. Infolgedessen ist die Aussetzung der Entrichtung des ausgeweiteten Antidumpingzolls gemäß Artikel 5 der genannten Verordnung aufzuheben und der ausgeweitete Antidumpingzoll ab dem Tag des Eingangs der Anträge dieser Parteien zu erheben.

A.3. Anträge auf Befreiung, die einer weiteren Prüfung bedürfen

- (15) Die in Tabelle 3 genannten Parteien übermittelten ebenfalls Anträge auf Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll.

Tabelle 3

Name	Anschrift	Land	TARIC-Zusatzcode
ARKUS Sp. z o.o.	Podgrodzie 32c, PL-39-200 Dębica	Polen	A565
Athletic International Sp. z o.o.	ul. Drawska 21, PL-02-202 Warszawa	Polen	A568
BELVE s.r.o.	Palkovičova 5, SK-915 01 Nové Mesto nad Váhom	Slowakische Republik	A535
ROG Kolesa, d.d.	Letališka 29, SI-1000 Ljubljana	Slowenien	A538
Fabryka Rowerów Romet-Jastrowie Sp. z o.o.	ul. Naturowicza 14, PL-64-915 Jastrowie	Polen	A564
ISTRO-HGA, spol. s.r.o.	Svätopeterská 14, SK-947 01 Hurbanovo	Slowakische Republik	A541
OLPRAN, spol. s.r.o.	Libušina 101, CZ-772 11 Olomouc	Tschechische Republik	A546

- (16) In diesem Zusammenhang ist anzumerken, dass das in Tabelle 3 genannte Unternehmen „ROG Kolesa, d.d.“ mit Sitz in „Letališka 29, 1000 Ljubljana, Slowenien“ die Kommission über seine Umfirmierung von „ELAN Bikes, d.d.“ in „ROG Kolesa, d.d.“ informierte. Den Untersuchungsergebnissen zufolge blieb der Antrag auf Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll von dieser Umfirmierung unberührt.
- (17) In Bezug auf diese Anträge ist anzumerken, dass es der Kommission aufgrund besonderer Umstände in Verbindung mit der geänderten Unternehmensstruktur einiger Unternehmen nicht möglich war festzustellen, ob die Montagevorgänge dieser Parteien im Untersuchungszeitraum in den Anwendungsbereich von Artikel 13 Absatz 2 der Grundverordnung fielen.
- (18) Die Antworten auf den Fragebogen einer Partei konnten bei dem Kontrollbesuch der Kommission vor Ort nicht verifiziert werden, da die für die Gewährung der Befreiung erforderlichen Buchführungsunterlagen bei der Schlichtungsstelle des Bezirksgerichts verwahrt wurden. Das Bezirksgericht erhielt die Buchführungsunterlagen dieser Partei im Rahmen eines Zwangsvergleichs.

- (19) Zwei der Parteien fusionierten zu einer neuen juristischen Person. Da diese Fusion erst nach der Übermittlung der Antworten auf den Fragebogen vollzogen wurde, war die Kommission nicht in der Lage zu prüfen, ob die Montagevorgänge der neuen juristischen Person in den Anwendungsbereich von Artikel 13 Absatz 2 der Grundverordnung fielen.
- (20) Eine andere Partei führte im Untersuchungszeitraum Teile ein, hatte jedoch erst nach dem Untersuchungszeitraum mit den Montagevorgängen begonnen.
- (21) Bei den drei verbleibenden Parteien war es im Rahmen der Kontrollbesuche nicht möglich, das Verhältnis des Wertes der Fahrradteile mit Ursprung in der Volksrepublik China zum Gesamtwert der bei den Montagevorgängen verwendeten Fahrradteile für den Untersuchungszeitraum zu bestimmen, da die Parteien eine sehr große Anzahl Teile verwendeten, die sie bereits vor der Erweiterung gekauft hatten.
- (22) Angesichts des Vorstehenden sollten die in Tabelle 3 genannten Parteien weiterhin in der Liste der untersuchten Parteien geführt werden. Die Entrichtung des Antidumpingzolls auf die Einfuhren wesentlicher Fahrradteile, die von diesen Parteien zum zollrechtlich freien Verkehr angemeldet werden, sollte auch weiterhin ausgesetzt werden.

B. ANTRÄGE AUF BEFREIUNG DER PARTEIEN, DENEN ZUVOR KEINE AUSSETZUNG DES ZOLLS GEWÄHRT WURDE

B.1. Unzulässige Anträge auf Befreiung

- (23) Die in Tabelle 4 genannten Parteien übermittelten ebenfalls Anträge auf Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll.

Tabelle 4

Name	Anschrift	Land
Avex Kft.	Ccenterics u. 3., H-2440 Százhalombatta	Ungarn
Ets Duret	8, rue de Clément, F-18410 Argent sur Sauldre	Frankreich
P.P.H.U. Interbike	ul. Drogowców 12, PL-42-200 Częstochowa	Polen
P.P.U.H. POL-FOX	ul. Tenisowa 81, PL-42-200 Częstochowa	Polen
Unimex	Domburgseweg 87, 4356 BK Oostkapelle, Nederland	Niederlande

- (24) Im Hinblick auf diese Parteien ist anzumerken, dass ihre Anträge gemäß Artikel 4 Absatz 1 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 nicht zulässig waren.
- (25) Zwei Antragsteller verwenden wesentliche Fahrradteile für die Herstellung oder Montage von Fahrrädern in Mengen, die monatlich unter 300 Stück eines bestimmten Fahrradteils betragen.
- (26) Drei Antragsteller übermittelten keine Anscheinsbeweise dafür, dass ihre Montagevorgänge nicht in den Anwendungsbereich von Artikel 13 Absatz 2 der Grundverordnung fallen, dabei lag insbesondere der Wert der bei den Montagevorgängen verwendeten Teile mit Ursprung in der Volksrepublik China über 60 % des Gesamtwerts der bei den Montagevorgängen verwendeten Teile.
- (27) Diese Parteien wurden hiervon in Kenntnis gesetzt und erhielten Gelegenheit zur Stellungnahme. Hierauf erfolgte keine Reaktion. Daher wurde ihnen keine Aussetzung gewährt.

B.2. Zulässige Anträge auf Befreiung der Parteien, denen eine Aussetzung gewährt werden sollte

- (28) Die interessierten Parteien werden über den Eingang weiterer Anträge auf Befreiung gemäß Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 informiert, die von den in Tabelle 5 genannten Parteien gestellt wurden. Auf diese Anträge hin sollte die Entrichtung des ausgeweiteten Antidumpingzolls mit Wirkung von dem in der Spalte „Mit Wirkung vom“ genannten Datum ausgesetzt werden.

Tabelle 5

Name	Anschrift	Land	Aussetzung gemäß Verordnung (EG) Nr. 88/97	Mit Wirkung vom	TARIC-Zusatzcode
A.J. Maias Lda	Estrada Nacional N.º 1, Malaposta, Apart. 27, P-3781-908 Sangalhos	Portugal	Artikel 5	23.2.2005	A401
Avantisbike — Fabrico de Bicicletas S.A.	Rua do Casarão, P-3750-869 Borralha	Portugal	Artikel 5	10.11.2005	A726
Bike Mate s.r.o.	Dlhá 248/43, SK-905 01 Senica	Slowakische Republik	Artikel 5	8.10.2004	A589
Bike Sport	Krzemionka 14, PL-62-872 Godziesze	Polen	Artikel 5	3.1.2005	A593
Cannondale Europe B.V.	Hanzeport 27, 7575 DB Oldenzaal, Niederlande	Niederlande	Artikel 5	21.6.2005	A686
Cseke Trade Kft.	Gyepsor u. 1., H-1211 Budapest	Ungarn	Artikel 5	21.4.2005	A685
C-TRADING, s.r.o.	V. Palkovicha 19, SK-946 03 Kolárovo	Slowakische Republik	Artikel 5	10.2.2005	A662
Decathlon Sp. z o.o.	ul. Malborska 53, PL-03-286 Warszawa	Polen	Artikel 5	19.8.2005	A696
Eurobike Kft.	Zengő utca 58., H-7693 Pécs-Hird	Ungarn	Artikel 5	28.1.2005	A624
Firma Wielobranżowa ART-POL Artur Nowak	ul. Homera 4/20, PL-42-200 Częstochowa	Polen	Artikel 5	22.9.2005	A697
Hermann Hartje KG	Deichstraße 120—122, D-27318 Hoya/Weser	Deutschland	Artikel 5	7.11.2005	A725
Koliken Kft.	Széchenyi u. 103., H-6400 Kiskunhalas	Ungarn	Artikel 5	8.11.2004	A616
Koninklijke Gazelle B.V.	Wilhelminaweg 8, 6951 BP Dieren, Niederlande	Niederlande	Artikel 5	29.6.2005	8609
Kynast Bike GmbH	Artlandstraße 55, D-49610 Quakenbrück	Deutschland	Artikel 5	29.7.2005	A692
Manufacture de Cycles du Comminges	Z.I. Ouest, F-31800 Saint-Gaudens	Frankreich	Artikel 5	29.6.2005	A690
Maver Sp. z o.o.	ul. Przasnysza 77, 06-200 Maków Mazowiecki	Polen	Artikel 5	19.10.2005	A728
Maxbike s.r.o.	Svatoplukova 2771, CZ-700 30 Ostrava-Vitkovice	Tschechische Republik	Artikel 5	3.1.2005	A664
Muller Sport Bohemia s.r.o.	Okružní 110 Hlincová Hora, CZ-373 71 Rudolfov	Tschechische Republik	Artikel 5	8.11.2004	A605
P.W.U.H. Sterna	ul. Lotników 51, PL-73-102 Stargard Szczeciński	Polen	Artikel 5	2.2.2005	A631
PIFFV Vertriebs GmbH	Wilhelmstraße 58, D-49610 Quakenbrück	Deutschland	Artikel 5	6.4.2005	A668
TIESSE Snc di Tosato Virginio & C.	Via Meucci 12, I-35030 Caselle di Selvazano Dentro (PD)	Italien	Artikel 5	24.10.2005	A724
TOLIN Przedsiębiorstwo Prywatne Jerzy Topolski	Łęg Witoszyn, PL-87-811 Fabianki	Polen	Artikel 5	10.9.2004	A586
Victus International Trading S.A.	ul. Naramowicka 150, PL-61-619 Poznań	Polen	Artikel 5	11.10.2004	A588
Vizija Sport d.o.o.	Tržaska cesta 87b, SI-1370 Logatec	Slowenien	Artikel 5	24.1.2005	A630

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die in Tabelle 1 genannten Parteien werden von der mit der Verordnung (EG) Nr. 71/97 vorgenommenen Ausweitung des mit der Verordnung (EWG) Nr. 2474/93 eingeführten, mit der Verordnung (EG) Nr. 1524/2000 aufrechterhaltenen und mit der Verordnung (EG) Nr. 1095/2005 geänderten endgültigen Anti-dumpingzolls auf die Einfuhren von Fahrrädern mit Ursprung in der Volksrepublik China auf bestimmte Fahrradteile aus der Volksrepublik China befreit.

Die Befreiung der einzelnen Parteien gilt mit Wirkung von dem in der Spalte „Mit Wirkung vom“ genannten Datum.

Tabelle 1

Liste der zu befreienden Parteien

Name	Anschrift	Land	Aussetzung gemäß Verordnung (EG) Nr. 88/97	Mit Wirkung vom	TARIC-Zusatzcode
4EVER s.r.o.	2. května 267, CZ-742 13 Studénka	Tschechische Republik	Artikel 7	1.5.2004	A558
Accell Hunland Kft.	Parkoló tér 1., H-1059 Tószeg	Ungarn	Artikel 7	1.5.2004	A534
AMP Welding, s.r.o.	Orlové 165, SK-017 01 Považská Bystrica	Slowakische Republik	Artikel 7	14.6.2004	A572
Bike Fun International s.r.o.	Štefánikova 1163, CZ-742 21 Kopřivnice	Tschechische Republik	Artikel 7	1.5.2004	A536
BPS Bicycle Industrial s.r.o.	Šumavská 779/2, CZ-787 01 Šumperk	Tschechische Republik	Artikel 7	1.5.2004	A537
CAPRI-Ne Kft.	Kiskút útja 1., H-8000 Székesfehérvár	Ungarn	Artikel 7	3.5.2004	A562
Ciclo Meccanica Srl	Via delle Industrie 14 I-20050 Sulbiate (MI)	Italien	Artikel 7	16.9.2004	A170
EURO.T POLSKA Sp. z o.o.	ul. Drogowców 12, PL-42-200 Częstochowa	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A549
Eurobik, s.r.o.	Bardejovská 36, SK-080 06 Prešov	Slowakische Republik	Artikel 7	27.8.2004	A575
EXPLORER group s.r.o.	CZ-742 67 Ženkla 167	Tschechische Republik	Artikel 7	24.5.2004	A563
Falter Bike GmbH & Co. KG	Bunzlauer Straße 15, D-33719 Bielefeld	Deutschland	Artikel 7	22.7.2004	A125
FHMM Sp. z o.o.	ul. Ciecholewicka 29, 55-120 Oborniki Śląskie	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A548
IB Sp. z o.o.	Zakład Pracy Chronionej, ul. Miłośników Podhala 1, PL-34-425 Biały Dunajec	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A539
IDEAL EUROPE Sp. z o.o.	ul. Metalowa 11, PL-99-300 Kutno	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A540
Jan Zasada Biuro Ekonomiczno- Handlowe	ul. Fabryczna 6, PL-98-300 Wieluń	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A542
Jozef Kender-Kenzel	Imeľ č. 830, SK-946 52 Imeľ	Slowakische Republik	Artikel 7	1.5.2004	A557
KROSS S.A.	ul. Leszno 46, PL-06-300 Przasnysz	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A543
Mama spol. s.r.o.	Krajinská 1, SK-921 01 Piešťany	Slowakische Republik	Artikel 7	1.5.2004	A551
Master Bike, s.r.o.	Sadová 2, CZ-789 01 Zábřeh na Moravě	Tschechische Republik	Artikel 7	4.5.2004	A552
N.V. Race Productions	Ambachtstraat 19, B-3980 Tessenderlo	Belgien	Artikel 7	15.9.2004	A576

Name	Anschrift	Land	Aussetzung gemäß Verordnung (EG) Nr. 88/97	Mit Wirkung vom	TARIC-Zusatzcode
Neuzer Kerékpár Kereskedelmi és Szolgáltató Kft.	Eötvös u. 48., H-2500 Esztergom	Ungarn	Artikel 7	1.5.2004	A545
Novus Bike s.r.o.	Hlavní 266, CZ-747 81 Otice	Tschechische Republik	Artikel 7	1.5.2004	A553
Olimpia Kerékpár Kft.	Ostorhegy u. 4., H-1164 Budapest	Ungarn	Artikel 7	1.5.2004	A554
Przedsiębiorstwo Handlowo Produkcyjne UNIBIKE Jerzy Orłowski, Piotr Drobotowski Sp. Jawna	ul. Przemysłowa 28B, PL-85-758 Bydgoszcz	Polen	Artikel 7	1.5.2004	A556
Schwinn-Csepel Kerékpárgyártó és Forgalmazó Rt.	Gyepsor u. 1., H-1211 Budapest	Ungarn	Artikel 7	1.5.2004	A555
Sprick Rowery Sp. z o.o.	ul. Świerczewskiego 76, PL-66-200 Świebodzin	Polen	Artikel 7	7.6.2004	A571
Trade-Stomil Sp. z o.o.	ul. 6 Sierpnia 74, PL-90-646 Łódź	Polen	Artikel 7	30.7.2004	A574
UAB Baltik Vairas	Pramonės g. 3, LT-78138 Šiauliai	Litauen	Artikel 7	1.5.2004	A547
Zweirad Paulsen	Hauptstraße 80, D-49635 Badbergen	Deutschland	Artikel 7	22.6.2004	A566

Artikel 2

Die Anträge der in Tabelle 2 genannten Parteien auf Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll gemäß Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 werden abgelehnt.

Die Aussetzung der Entrichtung des ausgeweiteten Antidumpingzolls gemäß Artikel 5 der Verordnung (EG) Nr. 88/97 wird für die betroffenen Parteien mit Wirkung von dem in der Spalte „Mit Wirkung vom“ genannten Datum aufgehoben.

Tabelle 2

Liste der Parteien, für die die Aussetzung aufgehoben wird

Name	Anschrift	Land	Aussetzung gemäß Verordnung (EG) Nr. 88/97	Mit Wirkung vom	TARIC-Zusatzcode
Czech Bike, a.s.	Palackého 82, CZ-612 00 Brno	Tschechische Republik	Artikel 5	17.5.2004	A560
MEMO cz, s.r.o.	Jungmannova 319, CZ-506 01 Jičín	Tschechische Republik	Artikel 5	5.5.2004	A544
Special Bike di Diciolla Francesco	Via dei Mille 50, I-71042 Cerignola (Foggia)	Italien	Artikel 5	5.3.2004	A533
Winora Staiger GmbH	Max-Planck-Straße 6, D-97526 Sennfeld	Deutschland	Artikel 5	29.4.2004	A559

Artikel 3

Bei Tabelle 3 handelt es sich um die aktualisierte Liste der untersuchten Parteien gemäß Artikel 3 der Verordnung (EG) Nr. 88/97. Auf die Anträge dieser Parteien hin wurde die Entrichtung des ausgeweiteten Antidumpingzolls mit Wirkung von dem in der Spalte „Mit Wirkung vom“ genannten Datum ausgesetzt.

Tabelle 3

Liste der untersuchten Parteien

Name	Anschrift	Land	Aussetzung gemäß Verordnung (EG) Nr. 88/97	Mit Wirkung vom	TARIC-Zusatzcode
A.J. Maias Lda	Estrada Nacional N.º 1, Malaposta, Apart. 27, P-3781-908 Sangalhos	Portugal	Artikel 5	23.2.2005	A401
Avantisbike — Fabrico de Bicicletas S.A.	Rua do Casarão, P-3750-869 Borralha	Portugal	Artikel 5	10.11.2005	A726
ARKUS Sp. z o.o.	Podgrodzie 32c, PL-39-200 Dębica	Polen	Artikel 5	vom 23.6.2004 bis 31.5.2005	A565
ARKUS & ROMET Group Sp. z o.o.	Podgrodzie 32c, PL-39-200 Dębica	Polen	Artikel 5	1.6.2005	A565
Athletic International Sp. z o.o.	ul. Drawska 21, PL-02-202 Warszawa	Polen	Artikel 5	3.8.2004	A568
BELVE s.r.o.	Palkovičova 5, SK-915 01 Nové Mesto nad Váhom	Slowakische Republik	Artikel 5	4.5.2004	A535
Bike Mate s.r.o.	Dlhá 248/43, SK-905 01 Senica	Slowakische Republik	Artikel 5	8.10.2004	A589
Bike Sport	Krzemionka 14, PL-62-872 Godziesze	Polen	Artikel 5	3.1.2005	A593
Cannondale Europe B.V.	Hanzeport 27, 7575 DB Oldenzaal, Nederland	Niederlande	Artikel 5	21.6.2005	A686
Cseke Trade Kft.	Gyepsor u. 1., H-1211 Budapest	Ungarn	Artikel 5	21.4.2005	A685
C-TRADING, s.r.o.	V. Palkovicha 19, SK-946 03 Kolárovo	Slowakische Republik	Artikel 5	10.2.2005	A662
Decathlon Sp. z o.o.	ul. Malborska 53, PL-03-286 Warszawa	Polen	Artikel 5	19.8.2005	A696
ROG Kolesa, d.d.	Letališka 29, SLO-1000 Ljubljana	Slowenien	Artikel 5	1.5.2004	A538
Eurobike Kft.	Zengő utca 58., H-7693 Pécs-Hird	Ungarn	Artikel 5	28.1.2005	A624
Fabryka Rowerów Romet-Jastrowie Sp. z o.o.	ul. Naturowicza 14, PL-64-915 Jastrowie	Polen	Artikel 5	vom 14.6.2004 bis 31.5.2005	A564
Firma Wielobranżowa ART-POL Artur Nowak	ul. Homera 4/20, PL-42-200 Częstochowa	Polen	Artikel 5	22.9.2005	A697
Hermann Hartje KG	Deichstraße 120—122, D-27318 Hoya/Weser	Deutschland	Artikel 5	7.11.2005	A725
ISTRO-HGA, spol. s.r.o.	Svätopeterská 14, SK-947 01 Hurbanovo	Slowakische Republik	Artikel 5	1.5.2004	A541
Koliken Kft.	Széchenyi u. 103., H-6400 Kiskunhalas	Ungarn	Artikel 5	8.11.2004	A616
Koninklijke Gazelle B.V.	Wilhelminaweg 8, 6951 BP Dieren, Nederland	Niederlande	Artikel 5	29.6.2005	8609
Kynast Bike GmbH	Artlandstraße 55, D-49610 Quakenbrück	Deutschland	Artikel 5	29.7.2005	A692
Manufacture de Cycles du Comminges	Z.I. Ouest, F-31800 Saint-Gaudens	Frankreich	Artikel 5	29.6.2005	A690
Maver Sp. z o.o.	ul. Przasnysza 77, 06-200 Maków Mazowiecki	Polen	Artikel 5	19.10.2005	A728
Maxbike s.r.o.	Svatoplukova 2771, CZ-700 30 Ostrava-Vítkovice	Tschechische Republik	Artikel 5	3.1.2005	A664

Name	Anschrift	Land	Aussetzung gemäß Verordnung (EG) Nr. 88/97	Mit Wirkung vom	TARIC-Zusatzcode
Muller Sport Bohemia s.r.o.	Okružní 110 Hlincová Hora, CZ-373 71 Rudolfovo	Tschechische Republik	Artikel 5	8.11.2004	A605
OLPRAN, spol. s.r.o.	Libušina 101, CZ-772 11 Olomouc	Tschechische Republik	Artikel 5	1.5.2004	A546
P.W.U.H. Sterna	ul. Lotników 51, PL-73-102 Stargard Szczeciński	Polen	Artikel 5	2.2.2005	A631
PFIFF Vertriebs GmbH	Wilhelmstraße 58, D-49610 Quakenbrück	Deutschland	Artikel 5	6.4.2005	A668
TIESSE Snc di Tosato Virginio & C.	Via Meucci 12, I-35030 Caselle di Selvazano Dentro (PD)	Italien	Articla 5	24.10.2005	A724
TOLIN Przedsiębiorstwo Prywatne Jerzy Topolski	Łęg Witoszyn, PL-87-811 Fabianki	Polen	Artikel 5	10.9.2004	A586
Victus International Trading S.A.	ul. Naramowicka 150, PL-61-619 Poznań	Polen	Artikel 5	11.10.2004	A588
Vizija Sport d.o.o.	Tržaška cesta 87b, SI-1370 Logatec	Slowenien	Artikel 5	24.1.2005	A630

Artikel 4

Die Anträge der in Tabelle 4 genannten Parteien auf Befreiung vom ausgeweiteten Antidumpingzoll werden abgelehnt.

Tabelle 4

Liste der Parteien, deren Anträge auf Befreiung abgelehnt werden

Name	Anschrift	Land
Avex Kft.	Csenterics u. 3., H-2440 Százhalombatta	Ungarn
Ets Duret	8, rue de Clémont, F-18410 Argent-sur-Sauldre	Frankreich
P.P.H.U. Interbike	ul. Drogowców 12, PL-42-200 Częstochowa	Polen
P.P.U.H. POL-FOX	ul. Tenisowa 81, PL-42-200 Częstochowa	Polen
Unimex	Domburgseweg 87, 4356 BK Oostkapelle, Nederland	Niederlande

Artikel 5

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten und an die in den Artikeln 1, 2, 3 und 4 genannten Parteien gerichtet.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission
Peter MANDELSON
Mitglied der Kommission

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Januar 2006

zur Änderung der Entscheidung 2005/710/EG mit Schutzmaßnahmen wegen Verdacht auf hoch pathogene Aviäre Influenza in Rumänien

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 61)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2006/23/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 7,

gestützt auf die Richtlinie 97/78/EG des Rates vom 18. Dezember 1997 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Erzeugnissen⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 22 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Aviäre Influenza (Geflügelpest) ist eine hochinfektiöse und von hoher Mortalität gekennzeichnete Viruserkrankung von Geflügel und anderen Vögeln, die schnell epidemische Ausmaße annehmen und die Gesundheit von Mensch und Tier ernsthaft gefährden sowie die Produktivität der Geflügelwirtschaft stark beeinträchtigen kann. Es besteht die Gefahr, dass der Erreger über den internationalen Handel mit lebendem Geflügel und Geflügel-erzeugnissen eingeschleppt wird.
- (2) Am 12. Oktober 2005 hat Rumänien der Kommission gemeldet, dass bei klinisch erkranktem Geflügel ein Influenza-A-Virus des Subtyps H5N1 (asiatischer Stamm) isoliert wurde. Daher wurde die Entscheidung 2005/710/EG der Kommission vom 13. Oktober 2005 mit Schutzmaßnahmen wegen Verdacht auf hoch pathogene Aviäre Influenza (Geflügelpest) in Rumänien⁽³⁾ erlassen.
- (3) Rumänien hat strenge Maßnahmen zur Bekämpfung der Erkrankung getroffen und der Kommission weitere Informationen zur Seuchenlage übermittelt, die es rechtfertigen, die Aussetzung der Einfuhren auf jene Teile des Hoheitsgebiets Rumäniens zu beschränken, die betroffen bzw. gefährdet sind.

(4) Die Entscheidung 2005/710/EG ist daher entsprechend zu ändern.

(5) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Entscheidung 2005/710/EG wird wie folgt geändert:

1. Artikel 1 erhält folgende Fassung:

„Artikel 1

(1) Die Mitgliedstaaten setzen die Einfuhr folgender Tiere und Erzeugnisse aus:

a) aus dem in Teil A des Anhangs genannten Teil des Hoheitsgebiets Rumäniens: lebendes Geflügel, Laufvögel, Zuchtfederwild, Wildgeflügel und Bruteier dieser Arten sowie

b) aus dem in Teil B des Anhangs genannten Teil des Hoheitsgebiets Rumäniens:

— frisches Fleisch von Geflügel, Laufvögeln, Zuchtfederwild und Wildgeflügel,

— Fleischzubereitungen und Fleischerzeugnisse, die Fleisch der genannten Arten enthalten oder daraus hergestellt wurden,

— rohes Heimtierfutter und unbehandelte Futtermittel-Ausgangserzeugnisse, die Teile jeglicher Art der genannten Arten enthalten,

— Konsumeier,

— unbehandelte Jagdtrophäen von Vögeln jeder Art und

— unbehandelte Federn und Federteile.

(2) Abweichend von Absatz 1 Buchstabe b lassen die Mitgliedstaaten die Einfuhr der in Absatz 1 Buchstabe b erster bis dritter Gedankenstrich genannten Erzeugnisse zu, wenn diese von Vögeln stammen, die vor dem 1. August 2005 geschlachtet wurden.

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56. Richtlinie zuletzt geändert durch die Beitrittsakte von 2003.

⁽²⁾ ABl. L 24 vom 30.1.1998, S. 9. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1, berichtigte Fassung im ABl. L 191 vom 28.5.2004, S. 1).

⁽³⁾ ABl. L 269 vom 14.10.2005, S. 42.

(3) Die Veterinärbescheinigungen/Handelspapiere, die Sendungen mit Erzeugnissen gemäß Absatz 2 begleiten, sind je nach Art des Erzeugnisses um folgenden Vermerk zu ergänzen:

„Frisches Geflügelfleisch/frisches Fleisch von Laufvögeln/frisches Fleisch von Wildgeflügel/frisches Fleisch von Zuchtfederwild/Fleischerzeugnis, das Fleisch von Geflügel, Laufvögeln, Wildgeflügel oder Zuchtfederwild enthält oder daraus hergestellt wurde/Fleischzubereitung, die Fleisch von Geflügel, Laufvögeln, Wildgeflügel oder Zuchtfederwild enthält oder daraus hergestellt wurde/rohes Heimtierfutter und unbehandeltes Futtermittel-Ausgangserzeugnis, das Teile jeglicher Art von Geflügel, Laufvögeln, Wildgeflügel oder Zuchtfederwild enthält (*), gewonnen von Vögeln gemäß Artikel 1 Absatz 2 der Entscheidung 2005/710/EG der Kommission, die vor dem 1. August 2005 geschlachtet wurden.

(*) Nichtzutreffendes streichen.“

(4) Abweichend von Absatz 1 Buchstabe b zweiter Gedankenstrich genehmigen die Mitgliedstaaten die Einfuhr von Fleischerzeugnissen, die Fleisch von Geflügel, Laufvögeln, Wildgeflügel oder Zuchtfederwild enthalten oder daraus her-

gestellt wurden, soweit das Fleisch der betreffenden Tierart einer spezifischen Behandlung gemäß Anhang II Teil 4 Abschnitte B, C oder D der Entscheidung 2005/432/EG unterzogen wurde.“

2. Der Anhang, dessen Text im Anhang zu dieser Entscheidung enthalten ist, wird beigelegt.

Artikel 2

Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen unverzüglich die erforderlichen Vorschriften, um dieser Entscheidung nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission
Markos KYPRIANOU
Mitglied der Kommission

ANHANG

„ANHANG

Teile des Hoheitsgebiets Rumäniens gemäß Artikel 1 Buchstabe a bzw. b

TEIL A

ISO-Ländercode	Land	Beschreibung des Teils des Hoheitsgebiets
RO	Rumänien	— Gesamtes Hoheitsgebiet Rumäniens

TEIL B

ISO-Ländercode	Land	Beschreibung des Teils des Hoheitsgebiets
RO	Rumänien	Die Bezirke — Tulcea — Constanta — Galati — Braila — Ialomita — Calarasi“

ENTSCHEIDUNG DER KOMMISSION

vom 20. Januar 2006

zur zweiten Änderung der Entscheidung 2005/710/EG mit Schutzmaßnahmen wegen Verdacht auf hoch pathogene Aviäre Influenza (Geflügelpest) in Rumänien

(Bekannt gegeben unter Aktenzeichen K(2006) 62)

(Text von Bedeutung für den EWR)

(2006/24/EG)

DIE KOMMISSION DER EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFTEN —

gestützt auf den Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft,

gestützt auf die Richtlinie 91/496/EWG des Rates vom 15. Juli 1991 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Tieren und zur Änderung der Richtlinien 89/662/EWG, 90/425/EWG und 90/675/EWG ⁽¹⁾, insbesondere auf Artikel 18 Absatz 7,

gestützt auf die Richtlinie 97/78/EG des Rates vom 18. Dezember 1997 zur Festlegung von Grundregeln für die Veterinärkontrollen von aus Drittländern in die Gemeinschaft eingeführten Erzeugnissen ⁽²⁾, insbesondere auf Artikel 22 Absatz 6,

in Erwägung nachstehender Gründe:

- (1) Die Geflügelpest (Aviäre Influenza) ist eine hochinfektiöse und von hoher Mortalität gekennzeichnete Viruserkrankung von Geflügel und anderen Vögeln, die schnell epidemische Ausmaße annehmen und die Gesundheit von Mensch und Tier ernsthaft gefährden sowie die Produktivität der Geflügelwirtschaft stark beeinträchtigen kann. Es besteht die Gefahr, dass der Erreger über den internationalen Handel mit lebendem Geflügel und Geflügel-erzeugnissen eingeschleppt wird.
- (2) Am 12. Oktober 2005 hat Rumänien der Kommission gemeldet, dass bei klinisch erkranktem Geflügel der asiatische Stamm des Virus der Aviären Influenza isoliert wurde. Daher wurde die Entscheidung 2005/710/EG der Kommission vom 13. Oktober 2005 mit Schutzmaßnahmen wegen Verdacht auf hoch pathogene Aviäre Influenza (Geflügelpest) in Rumänien ⁽³⁾ erlassen.
- (3) Diese Entscheidung wurde geändert, um Rumänien für Einfuhren von Geflügelfleisch und Geflügelfleischerzeugnissen in die Gemeinschaft zu regionalisieren, da die Aus-

brüche des asiatischen Stammes des Geflügelpestvirus in Rumänien auf das Donaudelta beschränkt waren.

- (4) In dem als infektionsfrei angesehenen Teil Rumäniens ist es zu neuen Ausbrüchen der Krankheit gekommen. Das Gebiet Rumäniens, aus dem Einfuhren von Geflügelfleisch und Geflügelfleischerzeugnissen in die Gemeinschaft weiterhin verboten sein sollen, muss daher auf den östlich und südlich der Karpaten liegenden Teil des Landes ausgedehnt werden.
- (5) Da Rumänien nun das Vorliegen der Krankheit in seinem Hoheitsgebiet bestätigt hat, sollte der Titel der Entscheidung 2005/710/EG geändert werden, um dies zu berücksichtigen.
- (6) Die Entscheidung 2005/710/EG ist daher entsprechend zu ändern.
- (7) Die in dieser Entscheidung vorgesehenen Maßnahmen entsprechen der Stellungnahme des Ständigen Ausschusses für die Lebensmittelkette und Tiergesundheit —

HAT FOLGENDE ENTSCHEIDUNG ERLASSEN:

Artikel 1

Die Entscheidung 2005/710/EG wird wie folgt geändert:

1. Der Titel erhält folgende Fassung:

„Entscheidung 2005/710/EG der Kommission vom 13. Oktober 2005 mit Schutzmaßnahmen gegen die hoch pathogene Aviäre Influenza in Rumänien“;

2. Der Anhang erhält die Fassung des Anhangs der vorliegenden Entscheidung.

Artikel 2

Die Mitgliedstaaten erlassen und veröffentlichen unverzüglich die erforderlichen Vorschriften, um dieser Entscheidung nachzukommen. Sie setzen die Kommission unverzüglich davon in Kenntnis.

⁽¹⁾ ABl. L 268 vom 24.9.1991, S. 56. Richtlinie zuletzt geändert durch die Beitrittsakte von 2003.

⁽²⁾ ABl. L 24 vom 30.1.1998, S. 9. Richtlinie zuletzt geändert durch die Verordnung (EG) Nr. 882/2004 des Europäischen Parlaments und des Rates (ABl. L 165 vom 30.4.2004, S. 1. Berichtigung im ABl. L 191 vom 28.5.2004, S. 1).

⁽³⁾ ABl. L 269 vom 14.10.2005, S. 42. Entscheidung zuletzt geändert durch die Entscheidung 2006/23/EG (siehe Seite 27 dieses Amtsblatts).

Artikel 3

Diese Entscheidung ist an die Mitgliedstaaten gerichtet.

Brüssel, den 20. Januar 2006

Für die Kommission
Markos KYPRIANOU
Mitglied der Kommission

ANHANG

„ANHANG

Teile des Hoheitsgebiets Rumäniens gemäß Artikel 1 Buchstaben a und b

TEIL A

ISO-Ländercode	Land	Beschreibung des Teils des Hoheitsgebiets
RO	Rumänien	— Gesamtes Hoheitsgebiet Rumäniens

TEIL B

ISO-Ländercode	Land	Beschreibung des Teils des Hoheitsgebiets
RO	Rumänien	<p>Die Bezirke</p> <ul style="list-style-type: none"> — Arges — Bacau — Botosani — Braila — Bucuresti — Buzau — Calarasi — Constanta — Dimbovita — Dolj — Galati — Giurgiu — Gorj — Ialomita — Iasi — Ilfov — Mehedinti — Neamt — Olt — Prahova — Suceava — Teleorman — Tulcea — Vaslui — Vilcea — Vrancea“